

Biss fordert Neubau des Leese Fasslagers

Bürgerinitiative wünscht einen neuen Standort

Leese. Die Bürgerinitiative Strahlenschutz Leese (Biss) wendet sich gegen die Planungen eines Ausbaus des Zwischenlagers für radioaktive Abfälle im Oehmer Feld und fordert einen Neubau an anderer Stelle. Wie berichtet, will die Landesregierung eine Halle errichten, um das dicht belegte Fasslager in den Bunkern zwecks besserer Kontrolle der Fässer zu entzerren.

Der jüngste Fund eines auffällig veränderten Fasses mache bewusst: Von den dort 4885 gelagerten Fässern der Landessammelstelle Niedersachsen zuzüglich des Inhalts von fünf Konrad-Containern stellen die Altabfälle der ehemaligen Landessammelstelle Steyerberg zwar mit 1485 Stück nur eine Teilmenge dar, aber diese werde wegen Alterung und unklarer Fassinhalte zunehmend zum Problem, so die BI.

104 der Altfässer (7 Prozent) würden in Intervallen inspiziert. Aus dem Befund müsse das Land schließen, wie es um die anderen Fässer (93 Prozent) bestellt sei. „Manche halten diese Verfahrensweise für angemessen. Andere für unangemessen: Würde man so den Gesundheitszustand von je 1485 Personen beurteilen und daraus eine eventuelle Behandlung ableiten?“ Die Biss kritisiert die Praxis seit Langem. Nachdem die BI zur Verbesserung von Sicherheitsmaßnahmen beigetragen habe, bringe sie jetzt entschieden Einwände gegen die Schlussfolgerung und Bauvorhaben des Umweltministeriums vor: Die Problemlösung liege nicht im Vortreiben eines Lagerhallen-Neubaus zur verbesserten Zwischenlagerung, so Günther Hentschel.

Die Lösung liege in einem Hallenneubau in einem geeigneten Gebiet. Die BI hält den Standort im Gewerbegebiet mit Publikumsverkehr und Gewerbebetrieben in unmittelbarer

Nähe für ungeeignet, so Uwe Schmädeke. „Ganz zu schweigen von der gefährlichen Niedrigstrahlung besonders für Kinder.“ Gefahren bestünden durch Störfälle oder Explosionen in Nachbarbetrieben. „Was in Niedersachsen als gegeben hingenommen wird, ist durch ein Urteil des Landgerichts Bayern als unzulässig erklärt worden. Dabei ging es um die unmittelbare Nähe von bebauten Gebäuden, in denen Menschen wohnen oder arbeiten, zu Sammelstellen für schwach- und mittelradioaktive Abfälle. Warum nutzen wir verharmlosende Grenzwerte, statt Maßnahmen zu ergreifen, die die Gesundheit von uns allen bestmöglich schützen?“, fragt Biss.

Meinhard Behrens: „Wenn schon Geld für einen Neubau in die Hand genommen werden soll, dann doch bitte an einem sinnvollen Standort.“ Eine mögliche nachträgliche Abwertung des Standorts Leese hätte zur Folge, dass Steuergelder verschwendet würden und doppelt für den Bau einer dann nötigen weiteren Halle an einem neuen Standort ausgegeben werden müssten. „Wir fordern von der Landesregierung ein gesichertes Konzept der Zwischenlagerung nach aktuellem Stand der Technik an einem belastbaren, neuen Standort.“ Das führe auch dazu, das Hin- und Herfahren schwach- und mittelradioaktiver Fässer zu reduzieren. Die Biss Leese warnt vor „den verharmlosenden Strahlengrenzwerten“ und einem Ausbau des Lagers. Sie befürchtet ein Manifestieren des Standorts.

Das weisen Bürgermeister Grant Hendrik Tonne (SPD) und das Umweltministerium bisher mit Nachdruck zurück. Ebenso eine behauptete Gefährdung durch Strahlung. Tonne warnt vor einer Panikmache der Bürgerinitiative. re/DH

Grant Hendrik Tonne, MdL
Pressedokumentation
DIE HARKE – 3. Lokalseite
03.12.2015

